

Siehe [\[IG_O-MP_034\]](#), [\[IG_K-MP_015\]](#), [\[IG_K-MP_016\]](#)

Von: Arnd Rüter [mailto:arnd_rueter@web.de]
Gesendet: Freitag, 11. März 2022 12:00
An: detlef.parr@gmx.de
Betreff: 20220226 FAZ "Der Milliarden-Aufreger"
Wichtigkeit: Hoch

Werter Herr Parr,

Sie haben sich lt. dem Artikel „Der Milliarden-Aufreger“ vom 26.02.2022 des FAZ Redakteurs Philipp Krohn angemäÙt eine Meinung zum Thema der Altersvorsorge in der Bundesrepublik Deutschland mit 2. Säule (betriebliche Versorgung) und 3. Säule (private Vorsorge) zu haben und diese auch noch der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Sie waren zwar u.a. von 1998 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, also insbesondere in einer Zeit als der Bundestag das GMG Gesetz verfassungswidrig in die Welt brachte, es ist aber unzweifelhaft, dass Sie damals nicht begriffen haben, was Ihre Rolle dabei war. Sie haben als Bundestagsabgeordneter kein Problem darin gesehen, dass sich alle Abgeordneten des Parlamentes verfassungswidrig von ihren Rechten und Pflichten freiwillig verabschiedet haben und es zuließen, dass eine Gruppe von demokratisch nicht legitimierten Parteipolitikern sich anmaßen die Legislative handstreichartig zu ersetzen. Sie haben mit der FDP geschlossen als Fraktion gegen das GMG gestimmt. Ihnen ist aber nie aufgegangen, dass diese Abstimmung mit Fraktionszwang oder auch nur mit von der jeweiligen Partei vorgegebenen „formellen Fraktionseinheitlichkeit“ verfassungswidrig ist. Sie haben über ein Gesetz abgestimmt, welches Sie gar nicht kannten (und diesem Fall sogar nicht einmal kennen konnten). Auch wenn Sie nichts begriffen haben und weiterhin nichts begreifen, die Verantwortung für Ihr tun tragen Sie trotzdem (StGB § 81 Hochverrat gegen Bund).

Der Abgeordnete Dr. Heinrich Kolb Ihrer Partei, war damals wohl der einzige nicht in das kriminelle Treiben eingeweihte Parlamentsabgeordnete, der begriffen hatte, was da vonstattenging.

<https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Startseite/>: „...aus den Mitgliedern des Bundestages als auch des Bundesrates scheint der Abgeordnete Dr. Heinrich L. Kolb (FDP) der einzige gewesen zu sein, der verstand, dass das Ziel die Verknüpfung von zweiter und dritter Säule des Drei-Säulen-Modells mit Aushebelung der bis dahin unstrittig privaten Eigenvorsorge war mit all den abzusehenden neuen Problemen durch erzeugte rechtliche Widersprüche zwischen Arbeits-, Steuer- und Sozialversicherungsrecht. Seine Rede wurde nicht in der 2. Lesung des Gesetzes im Bundestag gehalten, sondern in den Annalen des Bundestages versenkt.“

Aber niemand, nicht einmal seine Parteikollegen von der FDP, also auch Sie, haben ihn gefragt, was seine Erkenntnisse zu bedeuten hätten.

Dieser Zustand des Nichtwissens hat bis heute bei Ihnen angehalten. Sie schwätzen noch immer von den Betriebsrentnern und haben nicht begriffen, dass das wesentliche Ziel der GMG-Gesetzgebung der rot-grünen Regierung unter Schröder, bei welcher dann die CDU/CSU mitgemacht hat, die Etablierung des staatlich organisierten Betrugs auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch war. Und auch die FDP hat seitdem jede erdenkliche Möglichkeit ausgelassen, dagegen vorzugehen.

Stattdessen blasen Sie sich auf „An der Interessensgemeinschaft kritisiert er den Tonfall. Er glaubt, dass dieser einer Lösung des Problems im Weg steht.“. Auch wenn Sie nicht wollten, dass es vom selbstherrlichen Redakteur mitgeteilt wird, es ist ja trotzdem Ihre Meinung. Wenn etwas einer Lösung im Wege steht, und eine Lösung kann nur die Wiederherstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland sein, dann sind es die kriminellen staatlich angestellten Juristen, die lügenden Schreiberlinge der bundesdeutschen Presse und viele weitere Gesetzesbrecher, aber vor allem die das alles verantwortenden Politiker der etablierten politischen Parteien.

Angesichts dessen wäre es doch nun wirklich angebracht, Sie halten jetzt einfach nur noch den Mund.

Dr. Arnd Rüter

Mein am 03.03.2022 abgedruckter Leserbrief an die FAZ

Der Skandal liegt woanders

Die Alterssicherung der Bundesrepublik Deutschland besteht aus 3 Säulen: 1. Säule: **staatliche** Altersrente, 2. Säule: **betriebliche Altersversorgung** durch Betriebsrenten, 3. Säule: **private Altersvorsorge** durch privates Sparen z.B. mit Kapitallebensversicherungen.

In dem Artikel geht es wieder einmal um die **betriebliche** Altersversorgung der Betriebsrentner. Für Betriebsrenten waren und sind Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung an die gesetzlichen Krankenkassen zu entrichten. Der von den Betriebsrentnern beklagte Einschnitt bestand in der Verdoppelung des bis dahin auf 50% reduzierten Beitragssatzes für die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge durch Änderung des § 240 SGB V mit dem GMG Gesetz ab 01.01.2004. Des Weiteren wurden in § 229 SGB V die zeitlichen Bedingungen für die Vereinbarung einer Abfindung für erworbene Ansprüche auf eine Betriebsrente erweitert, mit dem Ziel Abfindungen als Möglichkeit zur Vermeidung der Beitragspflicht zur Kranken- und Pflegeversicherung ganz zu verhindern. Auslöser zu diesen gesetzlichen Änderungen waren wesentlich die durch die Unfähigkeit der rot-grünen Regierung unter Schröder in 2001 – 2003 produzierten exponentiell anwachsenden Defizite in den Sozialkassen. Der „Aufreger“ besteht also insbesondere darin, dass die Politiker, wie immer, zum Ausgleich für ihre Unfähigkeit die „kleinen Leute zur Kasse bitten“.

Die Politiker hatten aber eine noch ganz andere Idee zur Geldbeschaffung. Sie besteht in der gesetzeswidrigen Behauptung, dass die als **private** Vorsorge angesparten Sparerlöse aus über den Arbeitgeber abgeschlossenen privaten Kapitallebensversicherungen mit Versorgungsbezügen/Betriebsrenten gleichzusetzen seien, an denen sich die gesetzlichen Krankenversicherungen nach Versicherungsende bedienen könnten.

Das Grundprinzip besteht in der von Parteipolitikern ab 2001 erdachten und seit 2004 fortlaufend voran getriebenen Verwischung der 3. Säule der Alterssicherung, der **privaten Altersvorsorge**, mit der 2. Säule der Alterssicherung, der **betrieblichen Altersversorgung**, mit dem Ziel sich hemmungslos mit Hilfe der längst gesetzlich dem Gesundheitsministerium untergeordneten gesetzlichen Krankenkassen an den privaten Sparerlösen der Rentner bedienen zu können. Ihre entscheidende Stütze finden die Politiker dabei in den von ihnen selbst verfassungswidrig auserkorenen staatlichen Juristen mit deren ihnen während der Ausbildung eingepflanzten Sucht, sich als Teil der Eliten zu wähnen, deren unausrottbarer Sucht, den Gesetzen einen verborgenen, in den Gesetzestexten nicht zu lesenden und angeblich nur ihnen zugänglichen Sinn unterzuschieben, und deren Sucht die wahren Herrscher des demokratischen „Rechts“staates zu suchen, die sie tatsächlich in den etablierten politischen Parteien gefunden haben, denen sie als „Diener der Herrschenden“ ihre Künste der Sprachverdrehung und Rechtsverdrehung/Rechtsbeugung angeheißen lassen können.

Durch Zwangsverbeitragung der privaten Sparerlöse von über **6 Millionen** Rentnern oder werdenden Rentnern werden ca. 20% des Ersparten bei jedem abkassiert. Die im Artikel erwähnten **30 Milliarden EUR** sind keine Zahlungen von Betriebsrentnern, sondern die Beute aus Betrug und Nötigung an den **privat** vorsorgenden Sparern; und wenn sich die Rentner wehren, aus Erpressung oder Diebstahl.

Dieser staatlich organisierte Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch ist, gemessen an der Anzahl der involvierten staatlichen und öffentlich-rechtlichen Organisationen, der größte Skandal seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Alles weitere ist nachzulesen unter www.ig-gmg-geschaedigte.de.

Dr. Arnd Rüter
(ein gleichberechtigtes Mitglied der IG GMG-Geschaedigte)
85591 Vaterstetten

Von: Detlef Parr [mailto:detlef.parr@gmx.de]
Gesendet: Freitag, 11. März 2022 17:24
An: 'Arnd Rüter' <arnd_rueter@web.de>
Betreff: AW: 20220226 FAZ "Der Milliarden-Aufreger"

Sehr geehrter Herr Dr. Rüter,

vielen Dank für Ihre Mail und die Bewertung meiner Arbeit im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages 1994 und 1998 bis 2009 und meine Aktivitäten in Sachen Direktversicherungen in den Jahren danach bis zum heutigen Tag. Wenn Sie Ihre Mail noch einmal in Ruhe durchlesen, wird Ihnen vielleicht selbst der Tonfall auffallen, der mich zu der Bemerkung im Hintergrundgespräch mit dem FAZ-Journalisten Philipp Krohn veranlasst hat. Leider konnte ich den Artikel nicht Korrektur lesen, sonst wäre dieser Satz nicht erschienen.

Wie richtig er aber ist, beweist in trauriger Weise der von Ihnen gewählte Stil der Auseinandersetzung mit der Politik im Allgemeinen und mit mir persönlich im Besonderen. Ich habe mit meinen Kollegen Dr. Dieter Thomae, Dr. Heinrich Kolb und Carl-Ludwig Thiele 2004 im Bundestag bereits den Antrag gestellt, die mit dem GMG gegen unsere Stimmen beschlossenen Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge bei Auszahlung von Direktversicherungen rückgängig zu machen. Seither bemühe ich mich bis heute auf den verschiedensten Ebenen um Aufhebung dieses Unrechts. Es hat auf meine Veranlassung hin z.B. sowohl im Bundestag als auch in verschiedenen Landtagen Initiativen der FDP zur Änderung der Rechtslage gegeben – leider ohne Folgen vor den Gerichten und in den Parlamenten, bis auf die Freibetragsregelung, die ein wenig Entlastung bringen soll. Ihr Vorwurf der Unkenntnis der Sachlage geht also völlig ins Leere und trifft eher Sie als mich.

Mit der Demokratie scheinen Sie es auch nicht so ernst zu nehmen, sonst würden Sie mir am Ende Ihrer Mail nicht auch noch den Mund verbieten.

Diesem freundlichen Ratschlag werde ich nicht folgen, obwohl ich mich natürlich fragen muss, für welche Menschen ich mich als Abgeordneter und als Ehemaliger eigentlich einsetze.

Mit liberalen Grüßen

Ihr

Detlef Parr
Rektor i.R.
FDP-MdB 1994, 1998-2009
Rehweg 32a
40883 Ratingen

+49-2102-68404
+49-171 2863 145
detlef.parr@gmx.de

Anlage: 20220208_Inhalt der Startseite "ig-gmg-geschaedigte".pdf

Angefügt



Von: Arnd Rüter [mailto:arnd_rueter@web.de]
Gesendet: Freitag, 11. März 2022 23:17
An: 'Detlef Parr' <detlef.parr@gmx.de>
Betreff: AW: 20220226 FAZ "Der Milliarden-Aufreger"

Werter Herr Parr,

Ich versuche ein letztes Mal Sie dazu zu bewegen nicht nur Ihre kruden Weisheiten in die Welt zu setzen, sondern zur Abwechslung in Ihrem Politikerdasein auch mal etwas zur Kenntnis zu nehmen.

Lesen Sie die beigefügten ca. 20 Seiten, erst dann können Sie überhaupt mitreden.

Dr. Arnd Rüter

Von: Detlef Parr [mailto:detlef.parr@gmx.de]
Gesendet: Freitag, 11. März 2022 17:24
An: 'Arnd Rüter' <arnd_rueter@web.de>
Betreff: AW: 20220226 FAZ "Der Milliarden-Aufreger"

Sehr geehrter Herr Dr. Rüter,

vielen Dank für Ihre Mail und die Bewertung meiner Arbeit im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages 1994 und 1998 bis 2009 und meine Aktivitäten in Sachen **Direktversicherungen** in den Jahren danach bis zum heutigen Tag.

Es geht um die Kapitallebensversicherungsverträge von über 6 Millionen Rentnern bzw. zukünftigen Rentnern, die allesamt keine Betriebsrenten empfangen. Die Bezeichnung „Direktversicherungen“ für diese Verträge geschieht in der **betrügerischen** Absicht, sie als Betriebsrenten behandeln zu können. Für diese Kapitallebensversicherungen bestand ein Vertragsverhältnis aus 3 Parteien (Versicherungsgeber, Arbeitsgeber, Arbeitnehmer). Das Vertragsverhältnis zwischen Versicherungsgeber und Arbeitgeber kann eine „Direktversicherung“ gewesen sein; das Vertragsverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Versicherungsgeber war eine daran angeschlossene **private** Kapitallebensversicherung.

Wenn Sie Ihre Mail noch einmal in Ruhe durchlesen, wird Ihnen vielleicht selbst der Tonfall auffallen, der mich zu der Bemerkung im Hintergrundgespräch mit dem FAZ-Journalisten Philipp Krohn veranlasst hat. Leider konnte ich den Artikel nicht Korrektur lesen, sonst wäre dieser Satz nicht erschienen.

Wenn diejenigen, die im Rahmen des staatlich organisierten Betrugs Straftaten begehen, dabei erwischt und ihnen die Strafen nachgewiesen werden, dann sollten sie nicht auch noch so mimosenhaft benehmen und mit so einem Blödsinn wie „Tonfall“ anfangen. Wer Straftaten begeht muss es aushalten, dass es andere merken. Es handelt sich wahrlich nicht um Kleinkram, sondern i.d.R. um **Verbrechen**; dieses Wort haben nicht wir erfunden, sondern es steht im Strafgesetzbuch

Wie richtig er aber ist, beweist in trauriger Weise der von Ihnen gewählte Stil der Auseinandersetzung mit der Politik im Allgemeinen und mit mir persönlich im Besonderen. Ich habe mit meinen Kollegen Dr. Dieter Thomae, Dr. Heinrich Kolb und Carl-Ludwig Thiele 2004 im Bundestag bereits den Antrag gestellt, die mit dem GMG gegen unsere Stimmen beschlossenen Krankenversicherungs- und Pflerversicherungsbeiträge bei Auszahlung von Direktversicherungen rückgängig zu machen. Ich wiederhole, Sie haben es nie fertig gebracht sich von Ihrem Dr. Kolb erklären zu lassen, warum es überhaupt geht.

Die FDP hat es stets vermieden juristisch gegen staatlich organisierte Kriminalität vorzugehen. All die 18 Jahre haben auch die FDP-Politiker diesen Schwachsinn wiederholt, es ginge bei den über 6 Mio Betroffenen um Betriebsrentner.

Seither bemühe ich mich bis heute auf den verschiedensten Ebenen um Aufhebung dieses Unrechts. Sie können sich nicht um die Aufhebung des Unrechts kümmern, denn Sie kapieren nicht einmal um welches Unrecht es geht.

Es hat auf meine Veranlassung hin z.B. sowohl im Bundestag als auch in verschiedenen Landtagen Initiativen der FDP zur Änderung der Rechtslage gegeben – leider ohne Folgen vor den Gerichten und in den Parlamenten, bis auf die Freibetragsregelung, die ein wenig Entlastung bringen soll.

Sie reden von Änderung der Rechtslage. Wir, die über 6 Mio Betrogenen brauchen keine geänderte Rechtslage, sondern eine Justiz, die sich an die vorhandene Rechtslage hält und nicht im Auftrag der Politiker das **Recht** fortlaufend **beugt (Verbrechen)**. Um das zu verstehen müssten Sie nicht nur ach so stolz auf Ihre Tätigkeit als Gesetzgeber a.D. sein, sondern auch mal Gesetze lesen können. Dafür hat es als „Rektor i.R.“ offensichtlich nie gereicht. Es gibt kein Gesetz welches die Verbeitragung von privaten Sparerlösen aus der 3. Säule der Altersvorsorge erlaubt, demzufolge ist keine Änderung der Rechtslage angesagt, sondern eine Einhaltung von Recht und Gesetz durch die von den etablierten politischen Parteien verfassungswidrig gesteuerte Justiz.

Sie reden von der Freibetragsregelung von Betriebsrentnern der 2. Säule der Altersvorsorge. Es geht uns, den über 6 Mio staatlich organisiert Betrogenen der 3. Säule der privaten Vorsorge aber nicht um die Betriebsrentner-Interessen.

Ihr Vorwurf der Unkenntnis der Sachlage geht also völlig ins Leere und trifft eher Sie als mich.

Sie sind völlig blank beim Thema Altersvorsorge. Sie haben offensichtlich noch nie etwas von der 3. Säule der Altersvorsorge gehört, ob wohl Sie jahrelang im Gesundheitsausschuss gehockt haben.

Mit der Demokratie scheinen Sie es auch nicht so ernst zu nehmen, sonst würden Sie mir am Ende Ihrer Mail nicht auch noch den Mund verbieten.

Den Mund sollten Sie schlicht und ergreifend halten, weil Sie auch mit dieser Reaktion wieder gezeigt haben, dass es bei Ihnen absolut für nichts reicht. Ihre grenzenlose Ahnungslosigkeit ist einfach nur peinlich.

Diesem freundlichen Ratschlag werde ich nicht folgen, obwohl ich mich natürlich fragen muss, für welche Menschen ich mich als Abgeordneter und als Ehemaliger eigentlich einsetze.

Sie haben sich noch nie für die 6 Mio staatlich organisiert Betrogenen eingesetzt, Sie werden es auch in Zukunft nicht tun und ,ehrlich gesagt, brauchen wir den Einsatz solcher ahnungsloser Blindgänger auch nicht.

Mit liberalen Grüßen

Ihr

Detlef Parr
Rektor i.R.
FDP-MdB 1994, 1998-2009
Rehweg 32a
40883 Ratingen

+49-2102-68404
+49-171 2863 145
detlef.parr@gmx.de

Von: Detlef Parr [mailto:detlef.parr@gmx.de]
Gesendet: Samstag, 12. März 2022 12:50
An: 'Arnd Rüter' <arnd_rueter@web.de>
Betreff: AW: 20220226 FAZ "Der Milliarden-Aufreger"

Sehr geehrter Herr Dr. Rüter,

ich nehme Ihren Hinweis auf „ein letztes Mal“ auf und bitte Sie, mich mit Mails diesen Stils endgültig in Ruhe zu lassen. Danke für Ihr Verständnis und liberale Grüße

Ihr

Detlef Parr
Rektor i.R.
FDP-MdB 1994, 1998-2009
Rehweg 32a
40883 Ratingen

+49-2102-68404
+49-171 2863 145
detlef.parr@gmx.de